

Das Straffoefehlsverfahren. im
Kanton Basel-Landschaft
(§§ 7,131 bis 134 StPO)

unter besonderer Berücksichtigung des
Bezirksstatthalteramtes Ariesheim

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Rechtswissenschaft der
Juristischen Fakultät der Universität Basel

eingereicht
von

FELIX LOPEZ

von
Basel BS
2001

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht.....	I
Inhaltsverzeichnis.....	II
Abkürzungsverzeichnis.....	IX
Literaturverzeichnis.....	XIII
Gesetzesmaterialien.....	XX
Weitere Materialien.....	XXI

Einleitung.....	1
------------------------	----------

1. KAPITEL: ALLGEMEINER TEIL..... 3

I.	GRUNDLAGEN.....	3
A.	<i>Definition des Strafbefehls.....</i>	3
B.	<i>Definition des Strafbefehlsverfahrens.....</i>	4
C.	<i>Definition der Einsprache.....</i>	6
D.	<i>Gesetzliche Regelung des Strafbefehlsverfahrens.....</i>	7
II.	GESCHICHTLICHES IM ZUSAMMENHANG MIT DEM STRAFBEFEHL.....	8
A.	<i>Anfänge in der Schweiz.....</i>	8
B.	<i>Die Entwicklung im Kanton Basel Landschaft.....</i>	9
	1. Allgeraeines.....	9
	2. Die Strafprozessordnung vom 30. Oktober 1941.....	9
	3. Die Strafprozessordnung vom 3. Juni 1999.....	10
III.	RECHTSNATUR UND ANWENDUNGSBEREICH DES STRAFBEFEHLSVERFAHRENS.....	12
A.	<i>Allgemeines.....</i>	12
	1. Das Strafbefehlsverfahren als Instrument zur Verwirklichung des materiellen Strafrechts.....	12
	2. Das Strafbefehlsverfahren als formelles Strafrecht.....	13
	3. Rechtskräftiger Strafbefehl als Grundlage für die Strafvollstreckung.....	14
B.	<i>Wesensmerkmale des Strafbefehls.....</i>	14
	1. Der Strafbefehl als Urteil i.w.S.....	14
	2. Strafrechtlicher Entscheid gegen eine angeschuldigte Person.....	14
	3. Suspensiv bedingter Entscheid mit Urteilsqualität im Falle der Rechtskraft.....	15
	4. Ergebnis eines summarischen, nichtöffentlichen Verfahrens mit abgekürzter Beweisaufnahme und ohne Hauptverhandlung.....	16
	5. Einstweilige Einschränkung des rechtlichen Gehörs und anderer grundlegender strafprozessualer Verfahrensgarantien.....	17
	6. Möglichkeit der Überleitung der Strafsache in das ordentliche erstinstanzliche Gerichtsverfahren durch einfache Willenserklärung eines Verfahrensbeteiligten.....	18
	7. Ergebnis eines dem ordentlichen erstinstanzlichen Gerichtsverfahren vorgelagerten Verfahrens.....	18
	8. Kein Anspruch auf Beurteilung durch Strafbefehl.....	19
C.	<i>Anwendungsbereich des Strafbefehlsverfahrens.....</i>	20
	1. Allgemeines.....	20
	2. Delikte der kleineren Kriminalität.....	21
	3. Einfache und klar gelagerte Fälle.....	22
D.	<i>Besondere Probleme um die Rechtsnatur des Strafbefehlsverfahrens.....</i>	23
	1. Das Strafbefehlsverfahren als echter Strafprozess.....	23
	2. Rückzug des Strafantrags im Strafbefehlsverfahren.....	24

IV.	ZWECK UND BEDEUTUNG DES STRAFBEFEHLSVERFAHRENS.....	26
A.	<i>Der Zweck</i>	26
1.	Der Zweck des Strafbefehlsverfahrens im Allgemeinen.....	26
2.	Staatliche Interessen an der Verfahrenserledigung durch Strafbefehl.....	26
a)	Entlastung des Strafgerichts.....	26
b)	Entlastung der Staatsanwaltschaft.....	27
c)	Kostensparnis und Verfahrensökonomie.....	27
d)	Beschleunigung des Strafverfahrens.....	28
3-	Literessen der angeschuldigten Person an der Verfahrenserledigung durch Strafbefehl.....	28
a)	Ersparen einer Hauptverhandlung.....	28
b)	Ersparen von Umtrieben und Auslagen.....	29
c)	Geringere Verfahrenskosten.....	29
d)	Beschleunigung des Strafverfahrens.....	30
B.	<i>Praktische Bedeutung des Strafbefehlsverfahrens im Kanton Basel-Landschaft am Beispiel des Statthalteramtes Ariesheim</i>	30
2. KAPITEL: BESONDERER TEIL		34
I.	DER STATTHALTER ALS „STRAFBEFEHLSRICHTER“.....	34
A.	<i>Der Statthalter als Behörde</i>	34
B.	<i>Die Stellung des Statthalters als Organ der Strafrechtspflege</i>	35
1.	Der Statthalter als ordentlicher Untersuchungsbeamter.....	35
2.	Der Statthalter in der Funktion des Strafbefehlsrichters.....	37
3.	Die Doppel Funktion Untersuchungsbeamter / Strafbefehlsrichter.....	39
C.	<i>Die Ablehnung des Statthalters als Strafbefehlsrichter</i>	39
II.	DIE VERFAHRENSBETEILIGTEN.....	41
A.	<i>Allgemeines</i>	41
B.	<i>Die angeschuldigte Person</i>	41
1.	Begriff.....	41
2.	Die rechtliche Stellung der angeschuldigten Person im Strafbefehlsverfahren.....	42
C.	<i>Das Opfer</i>	43
1.	Begriff.....	43
2.	Die rechtliche Stellung des Opfers im Strafbefehlsverfahren.....	44
D.	<i>Die Zivilpartei</i>	46
1.	Begriff.....	46
2.	Die rechtliche Stellung der Zivilpartei im Strafbefehlsverfahren.....	47
E.	<i>Die Staatsanwaltschaft</i>	48
1.	Begriff.....	48
2.	Die rechtliche Stellung der Staatsanwaltschaft im Strafbefehlsverfahren.....	49
III.	VORAUSSETZUNGEN FÜR DEN ERLASS EINES STRAFBEFEHLS.....	51
A.	<i>Abschluss eines Untersuchungsverfahrens</i>	51
B.	<i>Prozessvoraussetzungen</i>	53
1.	Begriff der Prozessvoraussetzungen.....	53
2.	Prüfung und Bedeutung der Prozessvoraussetzungen.....	54
3.	Prozessvoraussetzungen allgemeiner Art.....	55
a)	Befugnis des Statthalters zur richterlichen Beurteilung des Falles durch Strafbefehl.....	55
aa)	Schweizerische Gerichtsbarkeit.....	55
ab)	Bürgerliche Gerichtsbarkeit.....	55
ac)	Sachliche Zuständigkeit des Statthalters als Strafbefehlsrichter.....	56
ad)	Funktionelle Zuständigkeit.....	57
ae)	Örtliche Zuständigkeit.....	57
b)	Verfolgbarkeit der konkreten Strafsache.....	58
ba)	Nebis in idem (Sperrwirkung der abgeurteilten Sache).....	58
bb)	Keine Verjährung.....	58

bc)	Strafantrag bei Antragsdelikten.....	59
c)	Verfolgbarkeit der angeschuldigten Person.....	59
ca)	Parteifähigkeit.....	59
cb)	Prozessfähigkeit.....	60
cc)	Bedeutungslosigkeit der mangelnden Partei- und Prozessfähigkeit der Zivilpartei.....	61
cd)	Vorliegen einer Ermächtigung bei Ermächtigungsdelikten.....	61
ce)	Keine Immunität.....	62
d)	Nachweis der Schuld aus den Akten.....	62
IV.	DAS VERFAHREN BEI ERLASS DES STRAFBEFEHLS.....	64
A.	<i>Allgemeines</i>	64
B.	<i>Verfahrensgrundsätze</i>	64
1.	Prinzip der Justizförmigkeit oder Prozessmässigkeit.....	64
2.	Der Grundsatz der Strafverfolgung durch den Staat (Offizialprinzip).....	65
3.	Strafprozessuales Legalitäts- und Opportunitätsprinzip.....	67
4.	Keine Geltung des Akkusations- und Immutabilitätsprinzips.....	68
5.	Untersuchungsgrundsatz.....	69
6.	Keine Geltung des Öffentlichkeitsprinzips.....	70
7.	Prinzip der Mittelbarkeit.....	71
8.	Die Grundsätze der freien Beweiswürdigung, d. richterlichen Überzeugung und des „indubio pro reo“.....	71
a)	Grundsatz der freien Beweiswürdigung.....	71
b)	Grundsatz der richterlichen Überzeugung.....	72
c)	Der Grundsatz „in dubio pro reo“.....	73
9.	Grundsatz des rechtlichen Gehörs.....	75
10.	Grundsätze des fairen Verfahrens, von Treu und Glauben und Verbot des Rechtsmissbrauchs.....	78
11.	Beschleunigungsgebot.....	80
C.	<i>Entscheid über Art und Mass der auszufällenden Strafe</i>	82
1.	Bindung an die Vorschriften des materiellen Rechts.....	82
2.	Richtlinien für das Strafmass im Strafbefehlsverfahren.....	83
3.	Schriftliche Urteilsbegründung.....	85
V.	INHALT, VORPRÜFUNG UND ERÖFFNUNG DES STRAFBEFEHLS.....	89
A.	<i>Der Inhalt des Strafbefehls</i>	89
1.	Allgemeines.....	89
2.	Die Bezeichnung der Parteien und ihrer Vertretungen.....	89
3.	Eine kurze Schilderung des Sachverhalts.....	90
4.	Die angewendeten Gesetzesbestimmungen.....	91
5.	Die ausgesprochene Strafe, Nebenstrafe, andere Massnahmen.....	92
6.	Allfällige Weisungen bei Gewährung des bedingten Strafvollzugs.....	94
7.	Der Entscheid über die Anrechnung von Untersuchungshaft.....	95
8.	Der Entscheid über die Vollstreckbarkeit bedingter Vorstrafen.....	95
9.	Der Entscheid über die beschlagnahmten Gegenstände.....	96
10.	Der Entscheid über Sicherheitsleistungen.....	97
11.	Der Entscheid über zivilrechtliche Ansprüche.....	97
12.	Der Entscheid über die Gebühren und Verfahrenskosten.....	98
13.	Die Rechtsmittelbelehrung.....	100
14.	Im Gesetz nicht geregelte Erfordernisse.....	102
15.	Abschliessende Bemerkungen zum Inhalt des Strafbefehls.....	104
B.	<i>Das Vorprüfungsverfahren</i>	106
1.	Allgemeines.....	106
2.	Einstellung/ eventuelle Teileinstellung in Verbindung mit Anklage.....	107
3.	Vergehensstrafbefehl mit Busse (ohne Vorprüfungsverfahren)- (Teil-)Einstellung nach Ansicht der Staatsanwaltschaft.....	107

4. Teileinstellung in Verbindung mit Vergehens- und Übertretungsbussen (ohne Vorprüfungsverfahren).....	108
5. Strafbefehl mit Freiheitsstrafe (mit Vorprüfungsverfahren) - Teileinstellung nach Ansicht der Staatsanwaltschaft.....	108
6. Strafbefehl zur Vorprüfung mit Antrag auf teilweise Einstellung.....	109
7. Verfahren zur Anklageerhebung — Teileinstellung und Erlass eines Strafbefehls nach Ansicht der Staatsanwaltschaft / Einstellung.....	109
8. Abschliessende Bemerkungen zur Teileinstellungsproblematik im Vorprüfungsverfahren.....	110
C. <i>Die Eröffnung des Strafbefehls</i>	111
1. Allgemeines.....	111
a) Begriff der Eröffnung.....	111
b) Art der Eröffnung.....	112
c) Adressaten der Eröffnung.....	112
d) Massgebliche Adresse für die Eröffnung des Strafbefehls.....	113
2. Die Eröffnung an die angeschuldigte Person, das Opfer und die Zivilpartei.....	115
a) Zustellung durch die Post.....	115
aa) Beförderung als Gerichtsurkunde.....	115
ab) Ersatzzustellung an bezugsberechtigte Personen.....	116
ac) Hinterlassen einer Abholungseinladung im Briefkasten.....	116
b) Zustellung durch die Organe der Polizei.....	117
c) Übergabe des Strafbefehls beim Statthalteramt.....	118
d) Öffentliche Zustellung des Strafbefehls.....	118
3. Die Eröffnung an die Staatsanwaltschaft.....	119
4. Die Eröffnung an die Bundesanwaltschaft.....	119
5. Wirkungen einer fehlerfreien Zustellung.....	120
6. Wirkungen einer fehlerhaften Zustellung.....	121
7. Mitteilung des rechtskräftigen Urteils an die zuständigen Behörden (an die Zivilpartei und an das Opfer).....	121
vi. DIE EINSPRACHE.....	124
A. <i>Begriff, Gegenstand und Umfang der Einsprache</i>	124
B. <i>Rechtsnatur und Wirkungen der Einsprache</i>	125
1. Allgemeines.....	125
2. Ordentlicher Rechtsbehelf.....	128
3. Vollkommener Rechtsbehelf.....	128
4. Rechtsbehelf mit Suspensivwirkung.....	129
5. Rechtsbehelf mit Devolutivwirkung.....	130
6. Reformatorischer Rechtsbehelf.....	130
7. Zusammenfassung.....	131
C. <i>Einsprachelegitimation</i>	131
1. Begriff.....	131
2. Die angeschuldigte Person.....	132
3. Die Verteidigung der angeschuldigten Person.....	132
4. Das Opfer.....	133
5. Die Zivilpartei.....	135
6. Die Staatsanwaltschaft.....	136
7. Die Bundesanwaltschaft.....	136
D. <i>Materielle Voraussetzungen der Einsprache</i>	136
1. Allgemeines.....	136
2. Die angeschuldigte Person.....	137
3. Das Opfer und die Zivilpartei.....	138
4. Die Staatsanwaltschaft.....	138
5. Die Bundesanwaltschaft.....	139
E. <i>Formelle Voraussetzungen der Einsprache</i>	139
1. Frist der Einsprache.....	139

2. Form der Einsprache.....	141
3. Ort der Einsprache.....	144
4. Inhalt der Einsprache.....	144
F. <i>Rückzug der Einsprache</i>	146
1. Begriff und gesetzliche Grundlage.....	146
2. Legitimation.....	146
3. Inhalt der Rückzugserklärung.....	146
4. Form der Rückzugserklärung.....	147
5. Zeitraum für die Rückzugserklärung.....	147
6. Adressat der Rückzugserklärung.....	148
7. Wirkungen der Rückzugserklärung.....	148
• 8; Kostenfolge des Einspracherückzugs.....	149
G. <i>Einspracheverzicht</i>	149
1. Begriff und gesetzliche Grundlage.....	149
2. Legitimation.....	150
3. Inhalt der Verzichtserklärung.....	150
4. Form der Verzichtserklärung.....	150
5. Zeitraum für die Verzichtserklärung.....	151
6. Adressat der Verzichtserklärung.....	151
7. Wirkungen der Verzichtserklärung.....	152
H. <i>Zuständigkeit für die Feststellung von Gültigkeit oder Ungültigkeit der Einsprache</i>	152
1. Allgemeines.....	152
2. De lege lata.....	153
3. Umsetzung in der Praxis.....	154
4. Kritik zur Umsetzung in der Praxis.....	155
VII. RECHTSKRAFT DES STRAFBEFEHLS.....	156
A. <i>Allgemeines</i>	156
B. <i>Formelle Rechtskraft</i>	156
1. Der Begriff der formellen Rechtskraft.....	156
2. Der Eintritt der formellen Rechtskraft.....	156
3. Die Wirkungen der formellen Rechtskraft.....	157
C. <i>Materielle Rechtskraft</i>	158
1. Der Begriff der materiellen Rechtskraft.....	158
2. Der Eintritt der materiellen Rechtskraft.....	159
3. Die Wirkungen der materiellen Rechtskraft.....	159
a) Die Sperrwirkung.....	159
aa) Identität der angeschuldigten Person.....	160
ab) Identität der Tat.....	160
ac) Beurteilungskompetenz des Statthalters in seiner Funktion als Srafbefehlsrichter.....	161
b) Die Feststellungswirkung.....	162
VIII. RECHTSMITTEL UNDRECHTSBEHELFEGEGEN DEN RECHTSKRÄFTIGEN STRAFBEFEHL.....	163
A. <i>Wiedereinsetzung in den früheren Stand</i>	163
1. Begriff und gesetzliche Grundlage.....	163
2. Formelle Voraussetzungen.....	163
a) Gesuch einer Partei.....	163
b) Frist zur Einreichung des Gesuchs.....	163
c) Form des Gesuchs.....	164
d) Inhalt des Gesuchs.....	164
e) Ort zur Einreichung des Gesuchs.....	164
3. Materielle Voraussetzungen.....	165
a) Fristversäumnis.....	165
b) Erleiden eines nicht wiedergutmachenden Nachteils.....	165

c) Vorliegen eines plötzlich eingetretenen, unabwendbaren Hindernisses.....	166
d) Kein Verschulden.....	167
4. Wiederherstellungsentscheid.....	168
B. <i>Wiederaufnahme des Verfahrens</i>	168
1. Begriff und gesetzliche Grundlagen.....	168
2. Formelle Voraussetzungen.....	170
a) Gesuch einer Partei.....	170
b) Frist zur Einreichung des Gesuchs.....	171
c) Form des Gesuchs.....	171
d) Inhalt des Gesuchs.....	171
e) Ort zur Einreichung des Gesuchs.....	172
3. Materielle Voraussetzungen.....	172
4. Entscheidung über die Zulassung des Gesuchs.....	172
5. Verfahren bei Wiederaufnahme.....	173
C. <i>Begnadigung</i>	173
1. Begriff und gesetzliche Grundlage.....	173
2. Formelle Voraussetzungen.....	175
a) Gesuch der verurteilten Person.....	175
b) Frist zur Einreichung des Gesuchs.....	175
c) Form des Gesuchs.....	176
d) Inhalt des Gesuchs.....	176
e) Ort zur Einreichung des Gesuchs.....	176
3. Materielle Voraussetzungen.....	177
4. Begnadigungsbehörde.....	177
5. Begnadigungsverfahren.....	178
6. Wirkungen der Begnadigung.....	180
3. KAPITEL: DIE ZULÄSSIGKEIT DES STRAFBEFEHLSVERFAHRENS UND RECHTSTHEORETISCHE BEDENKEN.....	182
I. DIE ZULÄSSIGKEIT DES STRAFBEFEHLSVERFAHRENS.....	182
A. <i>Kantonale Regelungskompetenz</i>	182
B. <i>Vereinbarkeit des Strafbefehls mit Art. 6 Ziff. 1 EMRK</i>	184
C. <i>Vereinbarkeit des Strafbefehls mit Art. 6 Ziff. 2 EMRK</i>	186
D. <i>Vereinbarkeit des Strafbefehls mit Art. 5 Ziff. 1 lit. a EMRK</i>	187
II. RECHTSTHEORETISCHE BEDENKEN GEGEN DEN STRAFBEFEHL ALS MITTEL ZUR REDUKTION DES VERFAHRENSAUFWANDES.....	189
III. RECHTSTHEORETISCHE BEDENKEN GEGEN DEN STRAFBEFEHL IM HINBLICK AUF DIE FEHLENDE KONTROLLFUNKTION DER ÖFFENTLICHKEIT.....	191
4. KAPITEL: ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN ZUR GESETZLICHEN AUSGESTALTUNG DES STRAFBEFEHLSVERFAHRENS.....	195
I. ALLGEMEINES.....	195
II. PRÄZISIERUNG VON § 7 LIT. B STPO.....	195
III. VERVOLLSTÄNDIGUNG VON § 133 ABS. 1 STPO.....	196
IV. STREICHUNG DES VORPRÜFUNGSVERFAHRENS.....	196

ANHANG I	Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen über das Strafbefehlsverfahren.....	198
	§ 7 Statthalteramt, Strafbefehl.....	199
	§ 131 Grundsatz.....	199
	§ 132 Persönliche Befragung.....	199
	§ 133 Inhalt und Eröffnung des Strafbefehls.....	200
	§ 134 Einsprache.....	201
ANHANG II	Flussdiagramm.....	202
ANHANG III	Musterstrafbefehle und -formulare.....	204